

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Jakob Vogel

Dengue-Fieber

Seit Januar 2012 verzeichnet Pakistan insgesamt mehr als 12.000 Dengue-Fälle mit einem drastischen Anstieg in den Monaten August, September und Oktober 2013. Allein im September 2013 wurden mehr als 7800 Dengue-Fälle registriert, davon 6300 in der Provinz Khyber-Pakhtunkhwa. Bislang starben dort 33 Menschen an der Infektion.

Humanitärer Bedarf hoch

Das Büro für humanitäre Hilfe und Koordination der Vereinten Nationen (OCHA) weist für Mitte Oktober 2013 insgesamt 4,1 Millionen Menschen in Pakistan aus, welche entweder unter der anhaltenden Krise oder auch aktuellen Katastrophen und Konflikten leiden. Obwohl seit 2002 mehr als 3,8 Millionen afghanische Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sind, halten sich immer noch circa 1,6 Millionen Flüchtlinge aus Afghanistan im Nachbarland auf. Die seit 2008 anhaltenden Kämpfe zwischen Militär und pakistanischen Taliban haben etwa eine Million Menschen aus der Provinz Khyber-Pakhtunkhwa und den Stammesgebieten im Nordwesten vertrieben. Weitere knapp zwei Millionen Menschen sind auch in diesem Jahr wieder von Naturkatastrophen betroffen: Monsun-Überschwemmungen im Pandschab und in Sindh oder die beiden starken Erdbeben am 24. und 28. September in Belutschistan, wo es zuvor ebenfalls zu Monsun-Überschwemmungen gekommen war. Der Hilfsbedarf wird von den UN auf 330 Millionen US-Dollar geschätzt, von denen bislang 60 Prozent zur Verfügung stehen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Lebensmittelversorgung, wohingegen kaum Geld für Bildung, Notunterkünfte und medizinische Versorgung zur Verfügung steht.

Chronische Unterernährung

Nach einer Studie der Aga Khan-Universität sowie von UNICEF aus dem Jahr 2011 lebt die Hälfte der weltweit von chronischer Mangelernährung betroffenen Menschen in drei Ländern Südasiens: Bangladesch, Indien und Pakistan. Im September gab die Planungskommission der Regierung Pakistans nun die Ergebnisse des *National Nutrition Survey* bekannt. Als Gründe für die prekäre Lage werden Armut sowie mangelnde Schulbildung – gerade unter Frauen und Müttern – ausge-

wiesen. In rund 58 Prozent der Haushalte in Pakistan herrscht eine unsichere Ernährungslage, 20 beziehungsweise zehn Prozent der Haushalte leiden unter moderatem oder gar schwerem Hunger. Bei den Kindern stagniert seit 2001 der Anteil der untergewichtigen Kinder, der Anteil aller Kinder mit Wachstumsstörungen ist angestiegen.

Anhaltende US-Drohnenangriffe

Trotz offizieller pakistanischer Proteste, wie etwa durch Premierminister Nawaz Sharif bei seinem Staatsbesuch in den USA im Oktober 2013, werden die US-Drohnenangriffe über pakistanischem Territorium fortgesetzt. Anfang November wurde bei einem solchen Angriff Hakimulah Mehsud, der Chef der Pakistanischen Taliban (TTP), in Nord-Waziristan getötet. Politiker der *Jammat-e-Islami* ehrten Mehsud daraufhin als Märtyrer und verurteilten den Mord durch die USA. Die Regierung Pakistans bestellte den US-Botschafter ein, um ihm gegenüber den offiziellen Protest zu diesem Drohnenangriff und der Verletzung der nationalen Souveränität auszusprechen. Nach Berichten der *Washington Post* sei die pakistanische Regierung aber wiederholt über bevorstehende US-Drohnenangriffe informiert worden. In einem Fall aus dem Sommer 2010 gebe es gar einen Aktenvermerk, wonach ein Ziel auf Wunsch pakistanischer Stellen ausgewählt worden sei. Sharif nahm von seinem Staatsbesuch ein Angebot über 300 Millionen US-Dollar Militärhilfe jährlich mit.

Malala Yousufzai: international geehrt – in Pakistan kritisiert

Die in internationalen Medien gefeierte Malala Yousufzai erhielt im September 2013 den Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments und galt als aussichtsreiche Kandidatin für den Friedensnobelpreis. Zudem wurde ihr mutiges Engagement gegen die Taliban und für das Recht auf Schulbildung für Mädchen bei Audienzen mit US-Präsident Obama und der britischen Königin sowie dem Leiter der Weltbank gelobt. Hierbei hat Malala nach Pressemeldungen aber sowohl die US-Drohnenangriffe in Pakistan kritisiert als auch mehr finanzielle Unterstützung für den Bildungssektor eingefordert. In Pakistan wurde demgegenüber ihre 2013 erschienene Biografie *Ich bin Malala* vom Verband der Privatschulen nicht für den Unterricht und die Schulbibliotheken zu-

gelassen, da es vermeintlich dem Islam nicht genügend Respekt zolle und zudem Sympathie für Salman Rushdie ausdrücke. So gilt sie als „Werkzeug westlicher Mächte“ und „Opportunistin“, die nun in Großbritannien lebe und aus ihrem Schicksal Kapital schlage. Auch gegen ihren Vater richtet sich die öffentliche Wut, da er sie zu einer westlichen Superheldin gemacht habe und damit für ein schlechtes Image Pakistans Sorge. Im Juli 2013 erschien zudem ein Offener Brief von Adnan Rashid, einem Anführer der pakistanischen Taliban (TTP). Darin wünscht er sich zwar, TTP-Aktivisten hätten das Attentat auf Malala im Oktober 2012 nicht ausgeführt, rechtfertigt es aber gleichzeitig damit, dass sie eine Schmähkampagne gegen die Taliban unterstützt habe.

Das Geschäft mit den Spenden

Vertreter extremistischer Gruppen sammeln laut Presseberichten unter anderem durch Schüler aus Koranschulen und Medresen die Häute von Schlachttieren, deren Fleisch zum islamischen Opferfest (*Eid-ul-Adha*, dieses Jahr am 15. Oktober) zum Teil an Bedürftige verteilt wird. Laut *Guardian* seien solche Einnahmen für die *Jamaat-ud-Dawa*, der Nachfolgeorganisation der verbotenen *Lashkar-i-Toiba*, die zweitwichtigste Einnahmequelle nach den Spenden zum Ende des Fastenmonats Ramadan. Offiziell seien die Erlöse für Erdbebenopfer in Belutschistan gedacht. Allerdings rief die pakistanische Regierung die Bürger dazu auf, die Tierhäute an seriöse Hilfswerke zu spenden. Vertreter solcher Hilfswerke kapitulieren laut Pressemeldungen oftmals vor der Allgegenwart der islamistischen Netzwerke und ihrer caritativen Aushängeschilder. Die Menge der zum Opferfest anfallenden Tierhäute wird auf rund die Hälfte der jährlichen Kapazität der pakistanischen Lederindustrie geschätzt.

Musharraf erneut unter Hausarrest

Nach seinem missglückten politischen Comeback bei den diesjährigen Parlamentswahlen war der ehemalige Militärmachthaber aufgrund laufender Verfahren gegen ihn unter Hausarrest gestellt worden. Auf Kaution war er im Verfahren um den Mord an der ehemaligen Premierministerin Bhutto vom Hausarrest befreit worden, ein weiteres Gericht verfügte aber im Zuge des Verfahrens um die Stürmung der von Islamisten kontrollierten „Roten Moschee“ in Islamabad 2007 erneut einen Hausarrest gegen ihn. Sein Nachfolger als Präsident, A. A. Zardari wurde Anfang September nach Ablauf seiner Amtszeit von Mamnoon Hussain, einem Großindustriellen und Vertrauten von Premier Sharif, abgelöst.

Weitere Verbote von Internetdiensten

Aus Sicherheitserwägungen sollen im Sindh für zunächst drei Monate Internetkommunikationsdienste wie *Skype*, *WhatsApp* und *Viber* blockiert werden, da sich auch terroristische Gruppen dieser Dienste bedienen. In diversen Internetblogs wurde diese in Pakistan wiederholt vorgenommene Politik von Verboten bei staatlichem Versagen persifliert, etwa mit dem Ausspruch, dass bald auch ganz Pakistan aus Sicherheitsgründen verboten werden müsse. Im Jahr 2010 war zeitweilig *Facebook* aufgrund eines Mohammed-Malwettbewerb blockiert, und die Video-Plattform *YouTube* ist bereits seit September 2012 gesperrt. *YouTube* soll bald wieder freigegeben werden, dann soll jedoch ein Filter „Schmähvideos“ abfangen. Im September diesen Jahres verbot die Telekommunikationsbehörde die bei Jugendlichen sehr beliebten Dating-Portale und „Liebes-Chats“ per SMS.

Wiederholte Anschläge in Peschawar

Im September 2013 wurden innerhalb einer Woche drei schwere Bombenanschläge gegen Zivilisten in der westpakistanischen Stadt Peschawar verübt. So tötete eine Autobombe 38 Menschen im belebten Kissa-Khwani-Basar. Zuvor wurden 18 Regierungsmitarbeiter bei einem Bombenanschlag auf ihren Bus getötet. Zudem töteten zwei Selbstmordattentäter 82 Menschen, darunter Frauen und Kinder, die gerade einen anglikanischen Gottesdienst verließen. Dieses Attentat führte zu landesweiten Protesten von Christen, die von der Regierung einen besseren Schutz religiöser Minderheiten forderten.

Christen und Hindus verlassen unter Druck ihre Wohnungen in Lyari

Laut Presseberichten haben alle Christen und Hindus ihre Wohnungen der *Karachi Metropolitan Corporation* in Karatschis Stadtteil Lyari verlassen und reagierten damit auf den zunehmenden Druck bewaffneter Gruppen, die jüngst einige Christen ermordet hatten, Mädchen vergewaltigten, von den Bewohnern Geld erpressten oder die Aufnahme in ihre Gangs erzwangen. Lange Zeit blieben die Minderheiten in Lyari, in dem vor allem Mitarbeiter der Stadtreinigung leben, von den Kämpfen rivalisierender Gruppen weitgehend unbehelligt. Nun stehen rund 600 Wohnungen, vier Kirchen und drei Tempel leer oder wurden von Gangs okkupiert. Die Betroffenen hatten weder Polizei noch Regierung um Schutz gebeten, da sie diesen nicht trauten. Auf Nachfrage pakista-

nischer Medien teilten hochrangige Verwaltungsbeamte mit, dass es keinerlei Fortzüge gegeben habe. Wo genau sich die Christen und Hindus nun aufhalten, ist nicht bekannt.

Gewalt an *Aschura*

In der Großstadt Rawalpindi, die das Hauptquartier der Armee beherbergt, sind mindestens acht Menschen getötet und mehr als 80 verletzt worden, nachdem es im Zuge einer schiitischen Prozession zum *Aschura*-Fest zu Gewaltexzessen kam. Diese veranlasste die Behörden, für weite Teile der Stadt eine 24-stündige Ausgangssperre zu erlassen. Über die Ursachen der Gewalt gibt es in Presseberichten unterschiedliche Darstellungen. Nach einer Version wurde die Prozession der Schiiten in der Nähe einer sunnitischen Moschee mit Schmährufen begleitet. Daraufhin sei die Moschee von Schiiten angegriffen und ein Teil des Raja-Basars in Brand gesetzt worden. Laut einer anderen Darstellung konnten Passanten einigen Polizisten deren Schusswaffen entreißen und damit auf die Prozession feuern. Im Vorgriff auf den Feiertag hatten pakistanische Behörden in zahlreichen Großstädten die Mobilfunknetze abstellen lassen. An *Aschura* gedenken die Schiiten der Niederlage und des Todes des Imam Hussain in der Schlacht von Kerbala (680 n. Chr.), die die Spaltung der Muslime in Schiiten und Sunniten besiegelte. Hussain war damals zahlenmäßig weit unterlegen gewesen, da er von seinen Anhängern im Stich gelassen worden war, wofür sich Schiiten auch heute noch auf öffentlichen Prozessionen selbst geißeln, was wiederum von Sunniten als Häresie angesehen wird. Im überwiegend sunnitischen Pakistan kommt es daher alljährlich zu Ausschreitungen an *Aschura*.

Wirtschaftsvertreter setzen sich für Meistbegünstigungsstatus für Indien ein

Bei einem Messebesuch in Neu Delhi Anfang November sprach sich der Präsident der pakistanischen Industrie- und Handelskammer, Zubair Ahmed Malik, dafür aus, Indien den Meistbegünstigungsstatus (MFN) einzuräumen und Visaerleichterungen einzuführen. Mit den damit einhergehenden Zollreduktionen könnten die pakistanischen Exporte nach Indien einen ähnlichen Aufschwung nehmen wie die von Bangladesch, das 2012 mit Indien diesen Status einführte. Pakistan hat bislang Indiens Angebot aus dem Jahr 1996 nicht angenommen und stattdessen seine diskriminierende Wirtschaftspolitik gegenüber Indien beibehalten.

Elektrizitätsimporte aus Indien und Iran?

Nach ersten Ansätzen im April 2011 wird aktuell beraten, Elektrizität aus den Nachbarländern Indien und Iran zu importieren. Hierbei werden in Presseberichten Kapazitäten von 1000 Megawatt aus Indien sowie 1174 Megawatt aus dem Iran benannt, um die Stromengpässe in Pakistan teilweise zu beheben. Die Verhandlungen gehen nun auf der Ebene der Staatssekretäre weiter. Gleichzeitig bemüht sich die Regierung, Investoren für im Jahr 2011 im Pandschab begonnene ehrgeizige Projekte mit erneuerbaren Energien zu finden.

Schlechte Ergebnisse bei Evaluierung von ADB-Programmen

Die jüngste Evaluierung der Pakistanprogramme der *Asian Development Bank* (ADB) mit einem Gesamtumfang von 11,5 Milliarden US-Dollar für die Periode 2002 bis 2012 führt zu einem insgesamt schlechten Gesamturteil. Von 61 Förderprogrammen wurden 43 abgeschlossen, von denen nur 48 Prozent als erfolgreich gelten. Als ein Grund für die schlechten Ergebnisse wird genannt, dass wiederholt komplexe Programme der Regierung in einem schwierigen Umfeld finanziert werden. Zudem waren viele Projekte mangelhaft geplant, oft wurden Folgezahlungen ausgesetzt und somit erste Entwicklungsansätze gestoppt. Der Bericht zeigt zudem auf, dass für Pakistan wichtige Bereiche wie etwa Katastrophenvorsorge und -schutz nicht gefördert oder zu Gunsten von Infrastrukturmaßnahmen eingeschränkt wurden.

Internationaler Währungsfonds mit zu optimistischem Ausblick für Pakistan?

In einem Kommentar für die *Express Tribune* wird die optimistische Einschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) für Pakistan hinterfragt. Laut IWF sei mit einem kurzfristigen Wirtschaftswachstum von 2,5 bis 2,75 Prozent zu rechnen, mittelfristig auch bis zu fünf Prozent. Zudem werde sich die Inflation weiter nur moderat entwickeln. Bekannte Entwicklungsprobleme sollten deshalb nicht zu negativ bewertet werden. Demgegenüber weisen aber andere wichtige globale Indizes und Gutachten für Pakistan eher negative Trends aus: So rutschte Pakistan unter anderem im *Doing Business Report* 2014 der Weltbank ab und verlor weiter an Boden im Vergleich zu seinen südasiatischen Nachbarn. In Pakistan wurden seit 1998 elf von zwölf IWF-Programmen nicht abgeschlossen, da die Regierung die vereinbarten Reformen nicht umgesetzt hatte.